

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (bei Haus z. H. halbm. monatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellunggebühren) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Arbeiterstimme, Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermine der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang      Mittwoch, den 6. Oktober 1926      Nummer 222

## Gebering tritt heute zurück

### Verrat in Hamburg

Das Abstimmungsergebnis für Fortsetzung des Kampfes — Die Reformisten versuchen, den Streik abzuwürgen.

Hamburg, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Abendstunden wurde das Abstimmungsergebnis bekannt. Es ergab bei den organisierten Hamburger Hafenarbeitern 2250 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks und 1282 dagegen, 41 Stimmen ungueltig. Die besonders durchgeführte Abstimmung bei den unorganisierten Hafenarbeitern ergab 2193 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks und 193 Stimmen dagegen, 86 Stimmen ungueltig.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses sollte eine Sitzung der Streikleitung stattfinden. Bevor die offizielle Sitzung zustande kam, gab jedoch die aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Mehrheit der Streikleitung eine Information über die Streiklage heraus, die Abstimmung bedeute den Streikabbruch, und ab morgen früh sei die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach dieser Aufgabe stellte die kommunistische Fraktion den Antrag: Die heutige Abstimmung ergab eine große Mehrheit der Organisierten und eine erdrückende Mehrheit der Unorganisierten für Fortsetzung des Streiks. Die nach Berlin entsandte Protestdelegation hat noch nicht berichtet. Die Existenzforderungen der Hafenarbeiter sind unerfüllt. Das Koalitionsrecht der ganzen deutschen Arbeiterklasse bleibt bedroht. Die Verbandsführer begehen durch ihre Aufforderung zum Streikabbruch direkten Verrat am Kampf und leisten Helfershelferdienste für die deutschen Kapitalisten. Die Streikleitung, die von den kämpfenden Hafenarbeitern gewählt war, hat die Pflicht, deren Mehrheitswillen durchzuführen. Darum erklärt die Streikleitung: Der Kampf wird fortgesetzt und ein Appell zur vollsten Solidarität an die gesamte Arbeiterklasse gerichtet. Auf diesen Antrag hin erklärte die sozialdemokratische Mitglieder der Streikleitung, der Streik sei für sie erledigt, und wenn über den Antrag der KPD-Mehrheit abgestimmt werden sollte, sie sofort den Saal verlassen würden. Darauf gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, die nochmals die günstigen Aussichten einmütig in der Streikbewegung darlegt und den Verrat der Führer des ADGB, des Verkehrsverbandes und der SPD scharf kritisiert. Die Erklärung fordert alle Unorganisierten an, jetzt erst recht in den Verband einzutreten, damit die Gewerkschaften zu gewerkschaftlichen Kampforganen gemacht werden. Sie fordert die Einberufung einer Hamburger Betriebsrätevollversammlung, um die weiteren Kämpfe der Arbeiter in breiter Front zu führen gegen die kapitalistische Nationalisierung, für Lohnerhöhung und für den Achtstundentag, gegen die Regierung Marx-Braun, gegen die Koalitionsregierung.

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rote Fahne“ schreibt zum Abbruch des Kampfes: „Der Verrat an der Bewegung der Kämpfenden ist ein Verbrechen. Die Bewegung wird es Ihnen auch gelingen, den Streik nun vollends abzuwürgen. Nicht gelingen wird Ihnen aber, die Bedeutung des Kampfes zu vernichten oder zu verunkeln. Zum ersten Mal hat eine Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Nationalisierung und gegen die betrügerische Schlichtungspraxis gekämpft. Die Bewegung hat auf neue Befehle, welche Macht sie wird, wenn der Kampf einmütig geschlossen wird. Sie hat es nicht nötig, im Angesicht des Kampfes auf der Seite der Kapitalisten und wer auf der Seite der Arbeiter steht. Sie hat weiter erkannt, daß durch das arbeitgemeinschaftliche Verhalten der ADGB-Führer mit den Kapitalisten und der Reichsregierung der Streik faktisch schon das erste Recht, das Koalitionsrecht und Streikrecht gerettet werden soll. Der Kampf um die Sicherung ihrer Existenz und gegen die kapitalistische Nationalisierung wird weitergehen.“

### Der ADGB fordert ein Notgesetz für den Achtstundentag

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesausschuss des ADGB sah eine Entschleunigung, nach dem er zwei Tage lang mit der Arbeitszeitfrage beschäftigt war. In dieser Entscheidung wurde festgestellt, daß die unumgängliche Ausdehnung der Arbeitszeit und das unerträgliche Überstundenwesen mit Recht Forderung und Anliegen der Arbeitlosen wie Arbeitenden herbeizuführen. Es wird der Achtstundentag gefordert und Protest gegen die Schiedspräsidenten der jüngsten Zeit, die die Arbeitszeit verlängern, erhoben. Der Bundesausschuss fordert (von der Marx-Stresemann-Regierung) eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Achtstundentag wieder herstellt. Es heißt zum Schluß dieser Erklärung: „Der Bundesausschuss verpflichtet deshalb alle Verbände, diesem Anwesen aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzutreten. Er fordert die gesamte Arbeiterklasse an, durch Unterstützung dieser Bestimmungen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitslosen zu üben.“

In dieser Entscheidung ist keine einzige konkrete Kampfmaßnahme aufgeführt. Die Praxis der reformistischen Bundesleitung — siehe Hamburger Hafenarbeiterstreik — steht im krassen Gegensatz zum Kampf gegen den Achtstundentag und zur Solidarität mit den Erwerbslosen.

### Vor der Großen Koalition in Preußen

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Heute wird Seevering zurücktreten. Nach den Mitteilungen der „Vossischen Zeitung“ hat Seevering bereits an der gestrigen Sitzung des Kabinetts nicht mehr teilgenommen. Gesundheitsgründe sollen ihn angezogen haben, sich zeitweilig ins Privatleben zurückzuziehen. Als Ersatzkandidaten für seinen Nachfolger kommen der Oberpräsident Kossel und der Berliner Polizeipräsident Grzesinski in Betracht. Der Vorschlag von Kossel wurde von Braun gemacht. Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ und des sozialdemokratischen Pressebüros soll an Stelle Grzesinski der Kölner Polizeipräsident Bergstedt nach Berlin berufen werden. Ueber ihn schreibt die „Vossische Zeitung“: „Bergstedt hat als Polizeipräsident eine geachtete Arbeit geleistet und sich auch bei den Bürgern um und selbst Rechtsprechenden Achtung zu verschaffen gesucht. Gleichzeitig wird mit Seevering der Staatssekretär des preussischen Innenministeriums, der Sozialdemokrat Meißner, zurücktreten müssen. An seine Stelle wird nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ ein Beamter treten, der einer der anderen Regierungspräsidenten, also des Zentrums oder der Demokraten, angehört. Das beweist, daß die spaltenlangen Erklärungen in der Presse über die heutige Koalition, der Rücktritt Seeverings habe nichts mit Koalitionsverhandlungen zu tun, falsch sind.“

Gestern Abend tagte auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Braun der Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, und heute wird die sozialdemokratische Gesamtkonferenz zu der durch Seeverings Rücktritt geschaffenen Lücke Stellung nehmen.

Die „Vossische Zeitung“ ist der Auffassung, daß aus Antrag des Rücktritts Seeverings eine Umbildung der gesamten preussischen Regierung nicht in Betracht komme. Der „Vorwärts“ berichtet gestern in seiner Abendausgabe noch mit keiner Silbe über den Rücktritt Seeverings. Die „Nachtausgabe“, das Abendblatt Hagensbergs, bemerkt Seeverings Rücktritt 24 Stunden vor dem Zulammentritt des Preussischen Landtages als eine Beschleunigung der Verhandlung zur Großen Koalition. Dieses Blatt berichtet auch schon über die eventuelle Ministerliste der Großen Koalition; danach soll das Finanzministerium der Abgeordnete Richter und das Handelsministerium der Abgeordnete Leidig von er Deutschen

Volkspartei übernehmen. Der bisherige demokratische Finanzminister Höpfer-Nikol soll nach dieser Liste an die Stelle des schwerkranken Zentrumsabgeordneten und jetzigen Justizministers Dr. Am Jahnhoff treten. Grzesinski soll Innenminister werden.

Heute morgen kommentiert der „Vorwärts“ den Rücktritt Seeverings nur damit, daß Seevering krank sei. In Würdigung der Verdienste Seeverings schreibt der „Vorwärts“: „Um der Erhaltung der Republik willen mußte er im Frühjahr 1921 gegen irrgelochtes Proletariat in Mitteldeutschland vorgehen, so schwer ihm das auch gefallen sein mag. Seevering hat in den Jahren des mühsamen Aufbaus bewiesen, daß er ein Staatsmann ist.“ Das Blatt der Volkspartei, als aufständiger Koalitionsgenosse, die „Tägliche Rundschau“, schreibt: „Dabei braucht keineswegs verkannt zu werden, daß Seevering ein Mann war, der sich mit erstaunlicher Intelligenz in die Höhe gearbeitet hatte und der es verstand, seinen Willen durchzusetzen. Er hat Ruhe und Ordnung im Staat auch in schweren Zeiten aufrechterhalten und hat sich nicht gelohnt, dabei auch seinen politischen „Kindern“ gelegentlich auf die Finger zu klopfen.“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bemerken heute morgen zu der durch den Rücktritt Seeverings geschaffenen Lücke, daß, obwohl eine Kabinettsbildung gemacht werden wird, anzunehmen sei, daß die Verhandlungen über die Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen fortgesetzt werden. Im Prinzip sollen die Besprechungen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, abgebrochen sein. Danach soll, so berichtet die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, der bisherige Sozialdemokrat Ministerpräsident Braun seinen Posten behalten. Im übrigen bestätigen die „L. N. N.“ die Mitteilung der Hagenbergsbergs über die Zulammenetzung der neuen Koalitionsregierung in Preußen. Auch in der gesamten übrigen bürgerlichen Presse wird heute morgen der Rücktritt Seeverings als das bestimmte Anzeichen auf die Umbildung der Preussenregierung zur Großen Koalition angesehen.

Die SPD-Führer wollen zur Großen Koalition. Diese Tatsache ist jetzt nicht mehr zweifelhaft. Nach dem Rücktritt Seeverings ist jetzt den SPD-Führern in Preußen die günstige Gelegenheit gegeben, ihr Ziel zu erreichen, um über die Große Koalition in Preußen zur Großen Koalitionsregierung im Reich zu kommen und damit der Aufforderung Eberbergs auf der Dresdener Tagung der Industriellen nachzukommen.

## „Das Deutsche Reich ist eine Republik“

Wer mit den Deutschnationalen Arm in Arm geht.

Und was für eine! An ihrer Spitze steht nach seinen eigenen Worten der neue Diener seines Königs, der Generalfeldmarschall von Hindenburg. Die Reichswehr, die Schutzwacht der Republik, stellt königliche Prinzen ein und hält in ihrer erlauchten Gegenwart die Wachen ab. Ja, das Deutsche Reich ist wirklich eine Republik. Nur glaubt es niemand. Darum muß das Reichsrepublikaner das liebe Deutsche mitteilen. Man malt ein banner das den lieben Deutschen mitteilen. Man malt ein reichliches Transparent, daraus sieht: Das Deutsche Reich ist eine Republik! Na, wer es nun noch nicht glaubt, dem ist nicht zu helfen. Aber — und nun kommt das Besondere — man getraute sich das Ding nicht aufzustellen, ehe nicht der weise Stadtrat „die Republik“ erlaubt hätte. Und der hat sie verboten. Und warum? Weil man eine solche Behauptung nicht vor dem König Anion (regierte 1827-36) auf dem Hohenzollernpalast ausstellen darf.

Dieser Vorgang führte zu einer kurzen Aufregung der SPD im Dresdener Stadtverordnetenkollegium, die vom Herrn Oberbürgermeister einfach mit der Bestätigung des Verbotes beantwortet wurde. Darauf stellte am vergangenen Donnerstag die SPD folgenden Antrag:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen: Mit Rücksicht darauf, daß das Deutsche Reich eine Republik ist, alle Maßnahmen, die dazu dienen, den republikanischen Gedanken in den weitesten Volksteilen zu vertiefen, nicht nur in weltweiter, sondern auch selbst für sich.

Baronung der republikanischen Farben bei geeigneten Anlässen Sorge zu tragen.“

Einer der linken Führer, der Stadt. Dittich, hielt nun unter Bezugnahme auf den obigen Antrag die Entlassungsrede. „Wahr, Dresdens Stadtoberhaupt, er hat seinen Eid auf die Verfassung verletzt, er, der Volksvertreter, verleiht den Artikel 1 der Reichsverfassung, er dokumentiert seine monarchistisch-reaktionäre Gesinnung! Wehe ihm!“

Und welche grausame Strafe will man ihm diktieren? Er soll durch das Stadtverordnetenkollegium verurteilt werden: 1. alle Maßnahmen in weltweiter Hinsicht zu unterlassen, die dazu dienen, den republikanischen Gedanken zu vertiefen und schwarz-rot-gold zu schlagen. Man hat den fürchterlichsten Tod für ihn ausgesucht, er soll sich sein Grab selbst schaufeln. Der ist's etwa die gleiche Strafe, die die Schildbürger für einen Maulwurf erfanden, den sie verurteilten, lebendig begraben zu werden?“

Wahrlich, man kann an einem solchen „Maulwurf“ nicht ohne Satire vorbeikommen. Und doch ist die Sache so außerordentlich ernst. Nicht deswegen allein, daß ein „republikanischer“ Bürgermeister die Republik verpöndelt, das ist wirklich kein Neuanfang in unserer Hindenburg-Republik, aber daß eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt und sich gar so gern sozialistisch gebärdet, es unternimmt, durch ihre (infinen) Vertreter der Arbeiterklasse so etwas vorzunehmen, ist ein so deprimierendes Ereignis, daß es vor der Arbeiterklasse nicht niedrig genug gehängt werden kann.

Das ist denn auch von der kommunistischen Fraktion mit aller logischen Schärfe gesehen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bedeutet seiner Tendenz und seinem Inhalt nach nicht eine Kampfstellung gegen die reaktionären Behörden der Republik, sondern eine bewußte und gewollte Zerstückelung der Massen, um diese an die Hindenburgrepublik zu binden. Wenn die sozialdemokratische Fraktion bei der Begründung ihres Antrages erklärt haben, sie meinen nicht diese Republik, sondern „die sozialistische“, so sagt das nur, daß durch die Diskussion die kommunistischen Vertreter gezwungen waren, sich noch im Laufe der Beratungen zu erklären. Wenn sie erklärten, sie haben mit dem Antrag nur eine Enthüllung des Stadtrates beabsichtigt, so hätten sie dazu eine andere und viel bessere Gelegenheit gehabt. Sie brauchen gar nicht erst anzutreten, ob sie ihr Reichsbannertransparent aufstellen durften, schon daß sie dies getan, charakterisiert diese Sozialdemokraten. Sie hätten das Transparent aufstellen und den Stadtrat dann zwingen sollen, gegen dasselbe einzuschreiten. Dann wäre ohne Zweifel nicht ein parlamentarisches Maulwurf gewesen, sondern ein Mann, der die Arbeiterklasse Dresdens einen wirklichen Aufwachungsunterricht über die Hindenburgrepublik erhalten.

